

01.01.2017

Inhalt:

Für Bildungsoffensive in Papenburg	S. 01	Kritik an Detailplanung zum Jugendzentrum	S. 03
Erster Schritt im Sanierungsfall Kleiststraße	S. 02	Abstimmung über Jugendzentrum	S. 04

Juni 2007

## Für Bildungsoffensive in Papenburg

Die einhellige Meinung der SPD-Ratsmitglieder war, dass es zu einer Bildungsoffensive in Papenburg kommen müsste. Deshalb setzte sie sich für Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung ein.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Freistellung der Eltern von Gebühren für das letzte Kindergartenjahr vor der Schule. Darüber hinaus wäre es notwendig, den Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter 3 Jahren in den Vordergrund zu stellen und eine Verlängerung bzw. Ausweitung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten zu verwirklichen, so Ratsmitglied Jürgen Broer.

Die qualifizierte Betreuung der Kinder in den Tagesstätten müsste in einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen ihre Fortsetzung finden. Ganztagschulen wären ein unverzichtbarer Teil einer modernen Familienpolitik. Als Lern- und Lebensraum für Schülerinnen und Schüler gewährleisten sie, dass die Menschen sich für Familie und Beruf entscheiden könnten. Deshalb forderte die SPD die Umwandlung aller Schulen in Papenburg in Ganztagschulen.

Durch den demografischen Wandel und wegen der unterschiedlichen Ausweisungen von Baugebieten in einzelnen Einzugsbereichen der Grundschulen würde es in den kommenden Jahren zu unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen bei den Grundschulen kommen. Für alle Grundschulen der Stadt Papenburg forderte die SPD, einen Entwicklungsplan vorzulegen, der besonders die Entwicklung der Schülerzahlen für die nächsten 5 Jahre berücksichtigte und Modelle mit unterschiedlichen Schuleinzugsgebieten aufzeigte. Es müssten alternative Modelle von ortsnaher Schülerversorgung z.B. durch Zweigstellen von größeren Schulen in den Ortsteilen mit wenig Schülern geprüft werden. Nach dem Motto kurze Wege für kurze Beine sollten die Kinder nicht zu den Lehrern fahren, sondern die Lehrer zu den Kindern;“ meinte SPD-Ratsherr Bernhard Schmees. Nach Vorlage dieses Plans und der Modelle könnte man über den Standort kleiner Grundschulen entscheiden. Ein solcher Plan könnte als gesicherte Entscheidungsgrundlagen für die Frage des Fortbestands von Grundschulen gelten.

Nachdem die Hauptschulen immer mehr Schüler verlieren, forderte Peter Raske die Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen in Papenburg zu Sekundarschulen. Die Sekundarschule führte zu mehr Bildungsgerechtigkeit auch für schwache Schüler, weil sie differenzierte Unterrichtsorganisation mit mehr Fördermöglichkeiten ermöglichte. Das gegliederte Schulsystem war den Herausforderungen einer zukunfts-fähigen Bildungslandschaft nicht mehr gewachsen.

Erforderlich wäre eine gemeinsame Beschulung in der Sekundarstufe mit intern stark differenzierten Bildungs- und Förderungsangeboten, die sowohl starken als auch schwachen Schülern zum individuell bestmöglichen Bildungserfolg verhelfen.

### SPD: Ganztagschulen für Papenburg

#### Forderung nach Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen

**PAPENBURG.** Die SPD-Fraktion im Stadtrat Papenburg will für die Kanalstadt eine Bildungsoffensive. Die Sozialdemokraten fördern in einer Pressemitteilung die Umwandlung aller Schulen in Ganztagschulen.

Die Fraktion begrüßt die Freistellung der Eltern von Gebühren für das letzte Kindergartenjahr. „Für Papenburg ist es darüber hinaus notwendig, den Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, in den Vordergrund zu stellen und eine Verlängerung bzw. Ausweitung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten zu verwirklichen“, so Ratsmitglied Jürgen Broer.

Die qualifizierte Betreuung der Kinder in den Tagesstätten müsse in einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen ihre Fortsetzung finden. Aus Sicht der SPD sind Ganztagschulen ein unverzichtbarer Teil einer modernen Familienpolitik. Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Umwandlung aller Schulen in Papenburg in Ganztagschulen, heißt es.

Außerdem fordert die SPD einen Entwicklungsplan für alle Grundschulen. Dieser sei aufgrund des demografischen Wandels und wegen der unterschiedlichen Ausweisungen von Baugebieten in einzelnen Einzugsbereichen erforderlich, weil es zu unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen kommen werde. Es müssen aus Sicht der SPD alternative Modelle von ortsnaher Schülerversorgung, beispielsweise durch Zweigstellen von größeren Schulen, in den Ortsteilen mit wenig Schülern geprüft werden.

Auch über die Zukunft der Hauptschulen müsse nachgedacht werden. Nachdem die Hauptschulen immer mehr Schüler verlieren, fordert Peter Raske die Zusammenlegung der Haupt- und Realschulen in Papenburg zu Sekundarschulen. Raske: „Sekundarschulen führen zu mehr Bildungsgerechtigkeit auch für schwache Schüler, weil sie differenzierte Unterrichtsorganisation mit mehr Fördermöglichkeiten ermöglicht.“

Ems-Zeitung 13.06.2007

## Erster Schritt im Sanierungsfall Kleiststraße

### Schulausschuss einstimmig für externes Gutachten

andi **PAPENBURG.** Sanieren oder besser gleich ganz abreißen? So drastisch die Frage des SPD-Ratscherrn Peter Raske klingt – die Überprüfung des Sanierungsfalls Schulzentrum Kleiststraße soll sich auch damit auseinandersetzen.

„Ich glaube zwar nicht, dass ein Abriss und Neubau günstiger wäre“, sagte Stadtbaurat Dirk Landeck gestern bei der Sitzung des Kita-, Jugend- und Schulausschusses der Stadt Papenburg. Ein Gutachten solle jedoch vorurteilsfrei auch diese Möglichkeit in Betracht ziehen.

Dem Vorschlag des Ersten Stadtrats Gunnar Junglaus, für eine umfangreiche Bestandsaufnahme des Sanierungsbedarfs am Schulzentrum einen externen Fachmann zu beauftragen, stimmte der Schulausschuss einstimmig zu. „Da herrscht

Handlungsbedarf“, stellte Ausschussvorsitzende Annette Pöttker (CDU) fest, „an diese Aufgabe müssen wir jetzt ran.“

Vor der Sitzung hatten sich die Ausschussmitglieder vor Ort an der Kleiststraße ein Bild von der Situation gemacht. Hans-Günther Meyer,

*„An diese Aufgabe müssen wir jetzt ran“*

**Annette Pöttker,  
Ausschussvorsitzende**

Rektor der Hauptschule, zeigte unter anderem mithilfe von provisorischen Wänden eingerichtete Klassenräume, unzureichende Lagerräume für die Ausrüstung der naturwissenschaftlichen Schulfächer und feuchte Stellen an der Wandverkleidung.

Stadtbaurat Landeck wies

darauf hin, dass vor allem der Fassadenaufbau des Gebäudes von 1974 „bei Weitem nicht heute geltenden Energiesparwerten gerecht wird.“ Außerdem gebe es unter anderem für die Fenster inzwischen keine Ersatzteile mehr, so dass jede Reparatur nur behelfsmäßig durchgeführt werden könne.

Rektor Meyer warb im Zusammenhang mit einer eventuellen gemeinschaftlichen Nutzung von Räumen mit der Realschule deutlich für eine baldige Zusammenführung der beiden Schulen unter einer Leitung.

Dass es an einigen Stellen auch schon mal durch das Dach regnet, erfuhren die Politiker im Anschluss bei der Führung durch den Realschul-Trakt. Die kommissarische Schulleiterin Erika Behrens zeigte unter anderem den Aufenthaltsraum,



Wegen der durch Teppich und Holzverkleidung angenehmen Akustik bildet dieser Raum für Erika Behrens zwar eine positive Ausnahme. Aber perfekt ist er nicht: Sie weist die Politiker auf undichte Fenster und fehlende Jalousien hin. Foto: Anne Diekhoff

der ohne Tageslicht auskommen muss, und einen Chemieraum, der, als Hörsaal mit ansteigenden Sitzreihen konzipiert, den Schülern keine

Möglichkeit zum eigenen Experimentieren gibt.

Bürgermeister Jan Peter Bechtluft schlug in der Ausschusssitzung ein differen-

ziertes Vorgehen vor: Zwar solle der Sanierungsbedarf für den Außen- wie den Innenbereich ermittelt werden. Vor einer Sanierung des In-

nenbereichs solle aber geklärt werden, ob und in welcher Form die Haupt- und die Realschule zusammengelegt werden.

# „Das erinnert an ein Jugendgefängnis“

## Kritik von SPD, FDP, Grünen und CDG an Detailplanung des Jugendzentrums

hh PAPENBURG. Der Beschluss für den Bau des neuen Jugendzentrums fiel mit zehn Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung im Ausschuss für Kita/Schule/Jugend mit deutlicher Mehrheit (wir berichteten). Dennoch sorgte der Bau-Entwurf (wir berichteten) für Diskussionen.

Während sich die CDU für den Entwurf aussprach, kritisierten SPD, FDP, Grüne und CDG zahlreiche Punkte an dem geplanten Gebäude. Peter Raske (SPD): „Wir hoffen, dass es sich bei den Zeichnungen nicht um die endgültigen Pläne handelt.“ Die Ausrichtung des Gebäudes ermögliche keine Solarenergienutzung, Lagerflächen fehlten, und lediglich ein Mehrzweckraum reiche nicht aus. Auch störe die SPD der Umstand, dass das Areal komplett umzäunt werden soll. Raske: „Das ist wohl

eine Auflage des Straßenbauamts. Insofern sehen wir uns in unserer Ablehnung des Standortes bestätigt. Wir wollen das JZ nicht verhindern, sondern optimieren.“ Deshalb stimmt die SPD zu, denn „es wäre fatal, wenn wir im März 2008 ohne JZ dastehen würden“.

Auf massive Ablehnung stößt auch bei den Grünen die Einzäunung des Geländes. Fraktionschefin Daniela Herden: „Der Zaun ist für uns ein Riesengraus. Das erinnert uns an ein Jugendgefängnis.“ Außerdem verfüge der Neubau über zuwenig Toiletten, es fehle eine Außenterrasse, und das Lager sei zu klein. Auch für Hermann-Josef Abeln (CDG) ist der Zaun ein Stein des Anstoßes. „Das ist für mich eine Katastrophe.“ Wie auch die SPD ist für ihn wichtig, dass mit dem Neubau erst begonnen wird, wenn die

Finanzierung durch den Verkauf des Geländes Altes Wasserwerk gesichert ist.

Petra Engeln von der FDP stimmte dem Neubau nicht zu. Sie schloss sich den Argumenten der SPD und Grünen hinsichtlich der Gebäude-Gestaltung an. „Außerdem sehe ich die Finanzierung noch nicht als gewährleistet an.“ Zudem frage sie sich, wie zukünftig die dezentrale Jugendarbeit finanziert werden soll.

### Videoüberwachung

Der Kritik widersprach die Ausschussvorsitzende Annette Pöttker. „Die Jugendlichen waren eingebunden. Der Zaun ist ein ausdrücklicher Wunsch der Jugendlichen, um Zerstörung vorzubeugen.“ Nach Darstellung von Bürgermeister Jan Peter Bechtluft hätten die Jugendlichen sogar eine Videoüberwachung gewünscht,

die allerdings nicht geplant sei. Stadtbaurat Dirk Landeck wies die Kritik der vier Fraktionen ebenfalls zurück. „Wir hätten sicherlich auch eine Halle mit 18 mal 20 Metern bauen können, doch das passt nicht ins Stadtbild. Unsere Planungen sind funktionell, bautechnisch und rechtlich geprüft und mit den Jugendlichen abgestimmt.“

Auch zwei der beratenden Mitglieder des Ausschusses, Dr. Cristopher Trouw (Leiter der Psychologischen Beratungsstelle) und Alexandra Scheumann (Stadtjugendrat), sprachen sich für einen schnellen Bau aus. Nachdem dann Bürgermeister Jan Peter Bechtluft signalisierte, dass berechtigte Vorschläge unter Einhaltung des Grundrisses für das Gebäude geprüft werden sollen, kam es zum Ja des Ausschusses.

Ems-Zeitung 21.06.2007

# Jugendzentrum weiterhin Juckepunkt

## SPD, FDP, CDG und Grüne stimmen Konzept nur widerwillig zu / Kosten: 675.000 Euro

■ Papenburg (aj) Bezüglich der Pläne zum Bau des neuen Jugendzentrums in Papenburg scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Während die CDU dem Konzept zustimmte, wurde in der Sitzung des Kita-, Schul- und Jugendausschusses am Dienstag erneut deutlich, dass SPD, FDP, CDG und Grüne noch reichlich Gesprächsbedarf sehen. Besonders der Standort und die Aufteilung der Räumlichkeiten stießen auf scharfe Kritik.

„Es macht auf uns nicht den Eindruck, als wäre dieses Vorhaben vier Jahre lang geplant worden“, sagte Daniela Herden, Fraktionschefin der Grünen. Der neue Standort in der hinteren Ecke des Marktplatzes sei viel zu dunkel. Herden: „Der Weg dorthin muss beleuchtet werden.“ Außerdem sei der Multifunktionsraum mit Dachfenstern versehen. Dadurch werde der Raum zu dunkel. Warum man keine bodentiefen Fenster einbauen wolle, wollte sie wissen. Das Getränkelager habe keine Tür nach draußen. Es gebe keine Terrasse und zu wenige Toiletten. „Und warum versteht man das Café nicht mit einem Glasdach?“ Doch am meisten störe sie die komplette Umzäunung des Jugendzentrum-Geländes: „Das erinnert an ein Jugendgefängnis.“ Hermann-Josef Abeln

(CDG) bezeichnete den Zaun als „Katastrophe“. Bürgermeister Jan Peter Bechtluft hielt dagegen: „Es war unsere Aufgabe, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu vereinbaren. Da das neue Jugendzentrum mit dem Erlös aus dem Verkauf des Grundstückes beim Wasserwerk finanziert wird, haben wir ein sehr enges Zeitfenster.“

Es werde ein Kaufpreis von rund einer Million Euro erwartet. 325.000 Euro davon koste der Abriss des Wasserwerkes sowie das Herrichten des Grundstückes für die Neubebauung. Die restlichen 675.000 Euro flössen in den Neubau, so Bechtluft. „Die Jugendlichen erwarten, dass bald ein neues Jugendzentrum gebaut wird. Wenn wir unser Zeitfenster nicht einhalten, ist die Chance veran.“ Außerdem hätten die Jugendlichen gefordert, die geplante Skateranlage auf dem Außengelände per Videoüberwachung vor Vandalismus zu schützen.

### „Gab keinen besseren Ort“

Der Erste Stadtrat Gunnar Jungclaus versuchte zu beruhigen: „Vielleicht sind diese Pläne nicht der Wahrheit letzter Schluss. Doch wir haben verschiedene Standorte geprüft und es war kein besserer zu finden.“ Bezüglich der von den Grünen geforderten Be-



Das neue Jugendzentrum soll in der Ecke des Marktplatzes entstehen (Zeichnung links oben).

Foto: Stadt Papenburg

leuchtung der Zuwegung sagte Stadtbaurat Dirk Landeck, er sehe kein Problem darin, dies umzusetzen. Schließlich seien teilweise sogar schon Lampen vorhanden.

Während die Grünen Bedenken äußerten, das Geld könne am Ende nicht reichen, forderte Petra Engeln (FDP) eine „abgespeckte Version“. „Es kommt mir so vor, als müsse das Geld auf Teufel komm raus ausgegeben werden.“ Zum Standort zog sie ein klares Fazit: „Wenn um das Gelände

ein Zaun aufgestellt werden muss, kann der Standort ja nicht der Beste sein.“

### Noch Änderungen möglich

Am Ende einigten sich die Ausschussmitglieder doch noch: Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung votierten zehn grundsätzlich für die Pläne für das neue Jugendzentrum. Doch nur unter der Bedingung, dass das vorgelegte Konzept noch Möglichkeiten offen lasse, wie Sozialde-

mokrat Peter Raske forderte. Die Pläne müssten gut durchdacht sein, denn schließlich

wolle man ein Zentrum, „von dem wir für die nächsten 30 Jahre etwas haben.“

Ems-Zeitung 24.06.2007

Juli 2007

# Showdown zur Abstimmung

## Jugendzentrum: Entscheidung stand in letzter Sekunde auf der Kippe

■ Papenburg (aj) „Ich muss mich die ganze Zeit am Riemen reißen“, zeigte sich Papenburgs Bürgermeister Jan Peter Bechtluft während der Ratssitzung am Donnerstag erbost. „Wir sind Altbauten und städtische Grundstücke durchgegangen, haben Lärmemission, Lage und andere wichtige Punkte in unsere Überlegungen einbezogen. Wir brauchen die Zustimmung zur Änderung des Flächennutzungsplanes heute, sonst fangen wir wieder ganz von vorne an.“

Ebenso wie im Kita-, Schul- und Jugendausschuss in der vergangenen Woche zeigten sich die Parteien im Rat der Stadt Papenburg auch in dieser Woche absolut uneins. Das Fass zum Überlaufen brachte wohl die Wortmeldung der Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Daniela Herden:

„Wir schlagen den Rathausplatz als Alternativstandort für das neue Jugendzentrum vor.“ „Heute haben wir die Chance, eine falsche Entscheidung, die vor einem Jahr getroffen wurde, rückgängig zu machen“, setzte Parteikollege Nikolaus Schütte Wick noch einen drauf. Die meisten Jugendlichen seien gegen den geplanten Zaun, ebenso wie gegen eine Überwachungskamera. Ziel sei, dass viele Jugendliche dorthin kämen. Das sehe er auf diese Weise nicht. „Man kann diesem Projekt so nicht zustimmen.“

Auch die Liberalen halten den Standort Marktplatz nach wie



Wie ein lauschiges Plätzchen im Grünen wirkt das Gelände rund um das Wasserwerk.

Foto: Mechthild Germann

vor für unglücklich. „Wir fahren ein hohes Risiko, wenn wir diesem Punkt heute so zustimmen“, so Hermann-Josef Averdung. „Wir hoffen, dass das Jugendzentrum gebaut wird“, fasste Sozialdemokrat Peter Raske die Meinung seiner Parteikollegen zusammen. Bei der Lage allerdings sei man überstimmt worden.

„Wir werden gegen die Vorlage stimmen.“ Christdemokratin Annette Pöttker machte Druck: „Die Jugendlichen wollen, dass es endlich los geht.“ Trotz aller Debatten stimmte der Rat dem vorgelegten Konzept am Ende mit

19 zu 13 Stimmen zu.

Einen weiteren Anstoß zur Diskussion brachte das notwendige Fällen zahlreicher Bäume auf dem Gelände des Wasserwerkes. Auch das Versprechen seitens der Stadt, man werde diesen Verlust so weit wie möglich kompensieren, indem man den zukünftigen Parkplatz auf dem Gelände begrünen werde, ebenso wie rund 500 Quadratmeter im Randbereich des Stadtparks, beruhigte die erhitzten Gemüter nicht. „Wir von der SPD haben Zweifel an dieser Maßnahme“, sagte Hartmut Bugiel. „Die Kompensation

wird möglicherweise an einer Stelle gemacht, an der der Grünbestand nicht so wichtig ist wie dort, wo er sich jetzt befindet.“

Auch Daniela Herden fand deutliche Argumente dagegen: „Die Bäume sorgen für gute Luft. Dieser Aspekt wird außer Acht gelassen.“ Die CDU-Fraktion machte deutlich, dass auf einen gewissen Grad an Grün nicht verzichtet werden sollte. Dr. Burkhard Remmers: „Die Sichtachse auf das neue Projekt sollte so grün bleiben, wie sie ist. Schließlich wollen wir aus dem Stadtpark noch eine Menge machen.“

Ems-Zeitung 01.07.2007